

Alle Projekte sind noch dabei

Bundestag beschloss den Bundesverkehrswegeplan 2030 mit Großvorhaben in der Region

Kreis Karlsruhe/Berlin (madl). Der Bundestag hat gestern den Bundesverkehrswegeplan 2030 mit einigen Großprojekten in Stadt und Landkreis Karlsruhe beschlossen. Im „vordringlichen Bedarf“, der eine Realisierung auf Basis eines rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlusses und gesicherter Finanzierung möglich werden lässt, finden sich folgende Vorhaben:

- Ortsumfahrung Berghausen (B 10)
- Ortsumfahrung Berghausen/Jöhlingen/Bretten (B 293)
- Ortsumfahrung Bretten Süd-Ost (B 294)

- Ortsumfahrung Bruchsal Ost (B 35)
- zweite Rheinbrücke (B 293)
- Querspange von der zweiten Rheinbrücke zur B 36
- B 292 Ortsumfahrung Östringen

In der Kategorie „weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ ist der achtspurige Ausbau der Autobahn 5 zwischen dem Walldorfer Kreuz und Karlsruhe eingeordnet.

Für den CDU-Bundestagsabgeordneten Axel Fischer (Karlsruhe-Land) ist jetzt wichtig, dass alle politisch Verantwortlichen zur schnellen Umsetzung dieser wichtigen Infrastrukturprojekte

beitragen, so dass Anwohner und Pendler besser leben können.

Vor Ort gibt es teilweise unterschiedliche Meinungen zu den genannten Projekten. Das betrifft bekanntlich die zweite Rheinbrücke. Und in Bruchsal hält sich die Begeisterung für die B-35-Ostumfahrung zumindest mit der grob ins Auge gefassten Trassierung in engen Grenzen.

Planungsrechtlich am weitesten vorgekommen ist von diesen Vorhaben die zweite Rheinbrücke. Aktuell gibt es dazu einen Brief der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Malu Dreyer

an den CDU-Bundestagsabgeordneten Thomas Gebhart, wonach die Landesregierungen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zum Ziel hätten, die Planfeststellungsbeschlüsse „spätestens im Sommer 2017 zu erlassen“.

Weit in die Zukunft hingegen ist ein Schienenprojekt gerichtet, das ebenfalls im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes steht: der Ausbau der Bahnstrecke zwischen Philippsburg/Graben-Neudorf und Karlsruhe. Dieses Vorhaben hatte zu Beginn des Jahres für erregte Diskussionen in der Region – insbesondere in Stutensee – gesorgt.